



Liebe Leserinnen und Leser,

hier mein Bericht von der Ratssitzung am 17. April 2008.

Zu Beginn der Ratssitzung wurden Ehrenringe an Manfred Abels (SPD) und Herbert Braun (CDU) für 10jährige Mitgliedschaft im Rat verliehen.

SPD und BÜ 90 beantragten, den Tagesordnungspunkt FLächennutzungsplanänderung Hafen von der Tagesordnung abzusetzen, da ein Lärmgutachten erst einen Tag vor der Sitzung den Fraktionen zur Kenntnis gegeben wurde. Dies wurde von CDU, FDP und Bürgerliste abgelehnt.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Bürgerliste erläuterte die Verwaltung, dass die **Kosten des Bürgerentscheids „Jan-Wellem-Platz“** sich voraussichtlich in ähnlichem Rahmen bewegen wie beim Bürgerentscheid „Golzheimer Friedhof“. Die Personalkosten beliefen sich hierbei auf 212.700 Euro Personalkosten- und 247.000 Euro Sachkosten.

Aufgrund einer Anfrage der Bürgerliste zur **Beteiligung rechtsradikaler Organisationen an der Kommunalwahl** teilte die Verwaltung mit, dass sie durch ein Fax des Ratsherrn Lemmer am 10.4. davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass sich die NPD am 5./6.4. in Eller getroffen hat. Ihr ist zur Zeit nicht bekannt, ob NPD, DVU oder ähnliche Rechtsradikale beabsichtigen, an der Kommunalwahl 2009 teilzunehmen. Die Teilnahme einer politischen Partei kann nicht verhindert werden, es sei denn, sie wird vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Aufgrund einer Anfrage der linken Liste zu **Aktivitäten der NPD** erläuterte die Verwaltung, dass am 3.4. ein Info-stand angezeigt worden ist, der am 12.4. stattgefunden hat. Die Verwaltung wird Aktivitäten im Rahmen ihrer Zuständigkeit bezogen auf Wahlrecht, Plakatierung und Straßenordnung, begleiten.

Auf die Forderung des CDU Wohnungsministers Wittke **„Wir brauchen steigende Mieten zur Stimulierung des Wohnungsbaus“** bezog sich eine Anfrage der linken Liste. Die Verwaltung teilte mit, dass sie sich in die Privatisierung des Wohnungsbestandes der LEG nicht einmischen wird. Auf die Frage nach der Beurteilung des Mietpreisniveaus führte die Verwaltung aus, dass die Mietrichtwerttabelle von Haus und Grund und Mieterverein alle drei Jahre erarbeitet wird und von den Gerichten anerkannt ist. Sie sieht keinen Anlass, die Meinungsäußerung des Ministers zu kommentieren. Aufgrund des Hinweises von Hans-Jochem Witzke (SPD), dass die Mieten in Düsseldorf zu den bundesweit höchsten gehören und der Wohnungsneubau seit 1999 drastisch zurückgegangen ist, verwies der Oberbürgermeister auf geänderte steuerliche Möglichkeiten und kündigte

an, dass die Verwaltung der Städtischen Wohnungsgesellschaft einige Grundstücke für die Errichtung von Wohnungsbau vorschlagen wird.

Aufgrund einer aktuellen Anfrage des Rats Herrn Laubenburg teilte die Verwaltung mit, dass die **Leitung der ARGE** Düsseldorf von Herrn Werner Rous und kommissarisch stellvertretend von Frau Elfriede Schmidt von der Stadtverwaltung übernommen wurde. Als Betreuungsschlüssel nannte die Verwaltung im Leistungsbereich 1:144 und im Bereich Markt und Integration für unter 25jährige 1:78 und für über 25jährige 1:177. Hinsichtlich der Veränderung der personellen Situation wurde auf die Antworten in der vergangenen Ratssitzung verwiesen und angekündigt, dass weitere 15 befristete Stellen ausgeschrieben werden.

■ Anfragen

Mit **Nachtlandungen auf dem Düsseldorfer Flughafen** beschäftigte sich eine **Anfrage von BÜ 90**. Die Verwaltung führte aus, dass in der Sommerflugplanperiode 2007 nahezu alle der 1245 Landungen in der Zeit zwischen 23 und 6 Uhr regulär erfolgten und nur in weniger als 10 Fällen ein Verstoß festgestellt wurde. Hier wurden Ordnungswidrigkeitsverfahren durch die Bezirksregierung durchgeführt. Der Flughafenkoordinator prüft, ob Fluggesellschaften vorsätzlich Zeitnischen missachten. Im Extremfall können unzulässige Starts oder Landungen mit bis zu 10.000 Euro und die vorsätzliche Nichteinhaltung von Zeitnischen mit einem Bußgeld bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Der Flughafenkoordinator wird durch das Slot Performance Monitoring Committee (SPMC) unterstützt, das dazu beiträgt, dass festgestellte Mängel von Umläufen abgestellt werden mit der Folge, dass aktuell ein deutlicher Rückgang bei den Verspätungen festzustellen ist. Als zusätzliche Maßnahmen wurden nach Gesprächen mit den Airlines Optimierungsmaßnahmen umgesetzt, z. B. durch vorgezogenes Boarding für Flüge zwischen 6 und 7 Uhr, zusätzliches Personal beim Check-in und die Mitbenutzung der zweiten Start- und Landebahn zwischen 21 und 22 Uhr.

Auf Anfrage von BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass, nachdem nun die Zustimmung der betroffenen Grundstückseigentümer zum Bau der **Fahrradstation am Hauptbahnhof** vorliegt, der Bau- und Finanzierungsbeschluss im Juni 2008 gefasst wird, sodass im Juli mit dem Bau begonnen werden kann. Fertigstellung soll bis Juni 2009 erfolgen. Hinsichtlich der **Umgestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes** wird zur Zeit ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet, das im Juni dem Planungsausschuss vorgestellt wird. Mit dem Land wurde die grundsätzliche Förderbereitschaft besprochen, Entscheidungen werden allerdings erst in 2009 erwartet, sodass der Baubeginn erst dann erfolgen kann.

Auf Anfrage der BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass eine Anpassung des Finanzierungsbeschlusses zur **U-Bahn Wehrhahnlinie** derzeit nicht erkennbar ist. Der Förderbescheid des Landes liegt seit Ende 2007 vor über 427 Mio Euro. Genehmigungen hieraus erfolgen erst nach Ausgabennachweis. Einzelheiten sollen in der Kommission U-Bahn Wehrhahnlinie besprochen werden, die dann dem Rat Bericht erstattet.

Auf Anfrage von BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass die Konstituierung des Beirats der **Sana-Kliniken** aus terminlichen Gründen von Mai auf Juni 2008 verschoben wurde. Auf Nachfragen der SPD bestätigte die Verwaltung, dass der Mehrheitseigentümer die Planung eines Neubaus in Gerresheim vorantreibt und die Neubesetzungen der Chefarztpositionen erfahrungsgemäß einige Zeit dauern.

■ Anträge der Fraktionen

Abgelehnt wurde von CDU, FDP und Düsseldorfer Bündnis ein Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu beauftragen, ein **Verkehrskonzept für die Altstadt** zwischen Mühlenstraße und Ratinger Straße zu erarbeiten und insbesondere die Verkehre von und zum in Bau befindlichen Bürgersaal und zu den neuen Hotels und Wohnungen im Stadthaus und im Andreasquartier zu berücksichtigen und die Außengastronomie auf der Ratinger Straße in den Abendstunden zu schützen.

Abgelehnt wurde von CDU, FDP und Düsseldorfer Bündnis ein Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu beauftragen, ein **Vergabekonzept für Veranstaltungen** auf zentralen Plätzen in der Innenstadt und im Hafen zu erarbeiten. Hierbei sollten Qualitätskriterien hinsichtlich der regionalen Exklusivität und Ausstrahlung, der Förderung des Images der Stadt und der Unterstützung gemeinnütziger Organisationen beschrieben werden und platzspezifische Auflagen hinsichtlich maximaler Belegdauer und Ruhebedürfnissen der Anwohnenden definiert werden. Mit den Stimmen von CDU, FDP und Reichert wurde ein Antrag von BÜ 90 in den Ausschuss für regionale und Europäische Zusammenarbeit sowie Integration überwiesen. Die Verwaltung wird durch diesen Antrag gebeten, die **Gremien aktuell über europapolitische Entscheidungen, Förderprogramme und Aktivitäten in den Partnerstädten zu informieren.**

Abgelehnt wurde durch CDU und FDP ein SPD-Antrag, die **Personalkostenbudgets** in diesem Jahr und in den folgenden Jahren an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst anzupassen. Hierzu führte die Verwaltung aus, dass der Tarifabschluss in diesem Jahr vollzogen werden kann, ohne das Budget zu erhöhen und ohne den Bürgerservice einzuschränken, da sich abzeichnet, dass das Personalbudget in dieser Größenordnung (7,4 Mio Euro) unterschritten wird. Den Ämtern und Kulturinstituten hatte man allerdings geschrieben, dass dieser Betrag noch im laufenden Jahr aufgefangen werden muss.

CDU, FDP und Düsseldorfer Bündnis lehnten den Antrag der SPD ab, die Verwaltung zu beauftragen, einen **Bericht – Armut und Reichtum in Düsseldorf –** vorzulegen. Er sollte die Lebenslagen der Menschen im Hinblick auf Einkommen, Vermögen, Erwerbstätigkeit, Wohnen, Gesundheit und Bildungsbeteiligung auf der Basis von statistischen Daten erfassen, die Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der Teilhabechancen und zur Verminderung sozialer Ausgrenzung darstellen und Handlungsbedarfe formulieren.

Abgelehnt wurde von CDU, FDP, BÜ 90, linke Liste und Düsseldorfer Bündnis der Antrag der SPD, die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zum **Einsatz eines „Anti-Graffiti-Mobils“** zu schaffen, das in Kooperation mit Polizei, Justiz, Haus- und Grundbesitzerverein und Malerinnung nach dem Vorbild der Stadt Pforzheim kostenlos für Privateigentümer für die Entfernung von Graffiti sorgt.

Abgelehnt wurde von CDU und FDP ein Antrag von BÜ 90, durch den die Verwaltung beauftragt werden sollte, ein **Logistikkonzept** zu erarbeiten. Die CDU behauptete, der LKW-Verkehr in Düsseldorf nähme nicht zu.

Einstimmig beschlossen wurde schließlich interfraktionell, für jedes Familienmitglied (für Kinder im Alter von 12 bis 18 Jahren) eine **eigene Familienkarte** bereit zu stellen. CDU und FDP hatten diesen Antrag eingereicht. Die CDU räumte ein, dass dies ein Wunsch des Jugendrates ist, den man übernommen habe. SPD, BÜ 90 und linke Liste warfen den Antragstellern vor, dass durch die Satzungsänderung der

Jugendrat den Antrag hätte selbst stellen können. Die FDP sprach von Kommunikationsproblemen und unglücklichem Verfahren. Die CDU erläuterte, dass der Jugendrat eine Anfrage eingereicht hätte, die aber wegen der zu beachtenden Fristen erst in der nächsten Ratssitzung beantwortet würde. Ein Teilbereich beträfe die Familienkarte für jedes Familienmitglied. Das hätte man übernommen, über den Rest könne dann in der nächsten Ratssitzung gesprochen werden, dann hat der Jugendrat seine Spielwiese.

■ **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat beschloss bei Enthaltung der linken Liste erneut mit Wirkung vom 1.8.2008 **Änderungen bei der Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, Tagespflege und in der Offenen Ganztagsgrundschule**. Künftig wird bis zu einem Bruttoeinkommen von 24.542 Euro kein Beitrag erhoben und ein Nachlass von 50 % auf das Verpflegungsentgelt gewährt. Gemäß Landesgesetz richten sich die Beiträge nach dem Alter der Kinder und der Betreuungsstunden. Die Verwaltung rechnet mit Wenigereinnahmen von 6,1 Mio Euro pro Jahr, davon 2,5 Mio in 2008. Die SPD begrüßte diesen Schritt und forderte erneut die Beitragsfreiheit für Kinder unter 3 Jahre ab dem Kindergartenjahr 2009/10, Ausdehnung sukzessive auf alle drei Kindergartenjahre und beitragsfreie Mittagsverpflegung in allen Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen. Dieser Antrag wurde abgelehnt von CDU, FDP und Düsseldorfer Bündnis ebenso wie der Antrag der linken Liste, ab 1.8.2008 keine Gebühren für die Betreuung von Kindern zu erheben (gegen CDU, FDP, BÜ 90, Düsseldorfer Bündnis, Enthaltung SPD).

Der Rat beschloss einstimmig den Beitritt zum „**Klima-Bündnis**“. Mehr als 1400 Städte und Landkreise aus 17 europäischen Staaten verpflichten sich, alle 5 Jahre die CO₂-Emission um 10 % zu reduzieren. Abgelehnt wurde von CDU und FDP ein Antrag der linken Liste, keine weiteren Präsentationen der Deutschen Tourenmeisterschaft mehr durchzuführen, die SPD enthielt sich.

Der Rat nahm bei Enthaltung der linken Liste die **Abschlussdokumentation der Quadriennale06** zur Kenntnis, die von 380.000 Menschen besucht wurde.

Der Rat nahm zur Kenntnis, dass sich Duisburg und Düsseldorf gemeinsam um die Ausrichtung der 9. World-Games im Jahr 2013 beworben haben. Dies ist ein internationaler Wettkampf für Sportarten und Disziplinen, die nicht zum olympischen Wettkampf-programm gehören, aber dennoch eine weltweite Verbreitung haben. Die Abschlussfeier soll in der LTU-arena stattfinden. Die auf Düsseldorf entfallenden Kosten sollen bei 7 Mio Euro liegen. 10 Mio Euro werden von Sponsoren erwartet, außerdem wird mit Zuschüssen von Bund und Land gerechnet.

Der Rat nahm einstimmig mit Dank die **Schenkung eines behindertengerechten Mercedes-Benz Sprinters von der Firma Vallourec & Mannesmann Tubes GmbH** an. Das Fahrzeug ermöglicht Kindern mit Behinderung die Teilnahme an Maßnahmen, Ausflügen und Düsseldorfertagen.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken **Änderungen der Bewerbungs- und Ehrungskriterien zur Verleihung des Förderpreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement im Kinder- und Jugendsport**. Künftig sollen ein oder zwei herausragende Initiativen im Kinder- und Jugendsport in Höhe von bis zu 13.000 Euro prämiert werden, die weit über die übliche Vereinsarbeit hinausgehen.

Der Rat beschloss gegen BÜ 90, linke Liste, Düsseldorfer Bündnis und einzelne Mitglieder aus SPD, CDU die Freigabe zahlreicher **verkaufsoffener Sonntage**, wobei jährlich an höchstens vier Sonn- und Feiertage geöffnet werden darf. Deshalb beziehen sich die Freigaben auf bestimmte Stadtteile, meist anlässlich örtlicher Feste und Veranstaltungen.

Der Rat stellte fest, dass der **Bürgerentscheid „Der Jan-Wellem-Platz gehört uns allen“** das erforderliche Quorum von 91.458 Ja-Stimmen nicht erreicht hat. Von den gültigen Stimmen entfielen auf Ja 63.125 und auf Nein 13.529 Stimmen.

■ Personalien

Der Rat bestellte (Enthaltung linke Liste)

- die Mitglieder des Aufsichtsrats der **Regiobahn** Karst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal. Die SPD wird vertreten durch Martin Volkenrath;
- die Mitglieder des Aufsichtsrats der **Neuen Schauspiel-GmbH**. Die SPD ist vertreten durch Walburga Benninghaus und Gerd Spliedt, Vertreter sind Rajov Strauß und Philipp Tacer;
- die Aufsichtsratsmitglieder der **Neuss-Düsseldorfer-Häfen GmbH & Co.KG**, die SPD wird vertreten durch Jörg Bickenbach;
- die Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums der Stiftung „Institut zur Erlangung der Hochschulreife für Handwerker, Facharbeiter und andere Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung e.V. (**Wilhelm-Heinrich-Riehl-Kolleg**). Die SPD wird durch Rolf-Jürgen Bräer im Vorstand und Werner Schlüter und Angelika Wien-Mroß im Kuratorium vertreten.

Der Rat beschloss einstimmig **Änderungen der Satzung für das Jugendamt sowie der Geschäftsordnung des Rates**, um die Mitwirkungsrechte des Jugendrates in städtischen Gremien zu ermöglichen und bestellte auf Vorschlag des Jugendrates beratende Mitglieder und Stellvertreter für die öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse.

Der Rat wählte einstimmig die Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe Frau You-Lee Hyun, Frau Susanne Banz und Frau Esther Keuper als **stellvertretende Mitglieder des Jugendhilfeausschuss**.

Der Rat wählte einstimmig Herrn Thomas Michael Klaus zum **Schiedsman für den Bezirk Rath/Mörsenbroich**.

■ Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- der **Umgestaltung der Birkenstraße** zwischen Acker- und Dorotheenstraße mit vorläufigen Gesamtkosten von 2,4 Mio Euro, davon Zuschuss 1.07 Euro. Vorgesehen ist die Verbreiterung der Gehwege durch Wegfall eines Fahrstreifens je Richtung (einstimmig)

und beschloss

- **Brandschutzmaßnahmen im Aquazoo** mit Gesamtkosten von 0,55 Mio Euro (einstimmig);
- den Neubau des Werkstattgebäudes der **Peter-Härtling-Schule**, Förderschule mit Förderschwerpunkt Lernen, mit Fachräumen und zwei Unterrichtsräumen (Kosten 1,15 Mio Euro) Enthaltung eine Stimme BÜ 90).

■ **Baurecht**

Der Rat beschloss

- die Flächennutzungsplanänderung **Prinzenallee/Hansallee (Heerdt)**. Das Gebiet umfasst ca. 12 ha zwischen Hansallee und Prinzenallee und war überwiegend als Industrie- und teilweise als Gewerbegebiet ausgewiesen. Im Bereich des Prinzenparkes wird der Flächennutzungsplan an die heute Nutzung – Wohnen, Gewerbe und Grünfläche -angepasst. Bis zum Heerdtter Lohweg sollen weitere Wohnungsbauflächen entwickelt werden, wobei wegen des dort benachbarten Gewerbeparks in einem folgenden Bebauungsplan ein eingeschränktes Gewerbegebiet festzusetzen ist. Im Flächennutzungsplan ist eine Kindertagesstätte sowie ein Spielplatz vorgesehen (Enthaltung Linke Liste);
- die Flächennutzungsplanänderung **Hafen**. Das 188 ha große Gebiet umfasst den Bereich des Düsseldorfer Haupthafens und das Kraftwerk Lausward. Durch eine Flächenreduzierung der hoch emittierenden Sondergebiete Hafen auf Bereiche, die von empfindlichen Nutzungen am weitesten entfernt liegen und eine Abstufung in Bezug auf die in südöstlichen Richtungen nächst benachbarten Wohnnutzungen sollen räumliche Voraussetzungen geschaffen werden, in den als gemischte Bauflächen dargestellten Hafengebieten auch Wohnen zu realisieren. Die Hafengebiete erhalten zum Schutz der in Nähe gelegenen Wohn- und Mischgebiete Lärmkontingente, um längerfristig die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen zu erfüllen. Nach Aufgabe des letzten Mühlenbetriebes - die Pachtverträge laufen bis 2037 – tritt eine gewerbliche Pufferzone in Kraft und das Emissionsniveau ist abgesenkt. In den als Mischgebiete ausgewiesenen Flächen an der Kesselstraße und Speditionstraße West können auch Wohnungen entstehen, in denen allerdings hohe Anforderungen an den Lärmschutz gestellt werden: keine zu öffnenden Fenster von Aufenthaltsräumen an lärmexponierten Fassaden, Lärmschutzwände, Doppelfassaden etc. (gegen SPD, BÜ 90, linke Liste).

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.